Stuttgart links
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
Juni 2014

Die SWSG dem Profitsystem entreißen!

Der ausgewiesene Bilanzgewinn der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) lag 2013 bei 5,4 Mio €, dabei ist eine Einstellung in Gewinnrücklagen (2012 knapp 8 Mio €) nicht enthalten. „Das ist ein zufriedenstellendes Ergebnis, das wir vollständig zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Stuttgart verwenden können“, sagte SWSG-Geschäftsführer Wilfried Wendel.

Sozialauftrag?

Doch was nützt es, wenn jährlich 105 bis 130 geförderte Wohneinheiten neu errichtet werden sollen, aber gleichzeitig jedes Jahr durch Auslaufen der Förderperiode etwa 400 Wohnungen aus der Sozialbindung rausfallen? Von den rund 18000 SWSG-Wohnungen sind gerade mal knapp 8000 Sozialwohnungen. Lediglich 5,5% des Stuttgarter Wohnungsbestands sind Sozialwohnungen. Demgegenüber sind 20% der Stuttgarter

armutsgefährdet. Im Jahr 2013 stiegen die SWSG-Mieten durchschnittlich um 6,2%, im Einzelfall sogar um 10%. (Wenn doch die Löhne, Renten und Hartz-IV-Sätze genauso gestiegen wären!) Aktuell will sich die SWSG zahlreiche längst überfällige Sanierungen mit anschließenden Mieterhöhungen um bis zu 60% vergolden lassen. Selbst mit Falscheinstufungen der Wohnlage im Hallschlag auf Killesbergniveau wollte die SWSG weitere Profite aus ihren Mietern pressen. Auch dadurch werden Mieter unter Druck gesetzt oder verlieren sogar ihre Wohnung. Darüber hinaus investiert die SWSG in den Bau teurer Immobilien und verkauft profitabel Wohnungen aus ihrem Altbestand. Insgesamt wird damit der ohnehin schon hohe Mietspiegel weiter in die Höhe getrieben.

Damit steigt der Gewinn der SWSG!

Ihrem „Sozialauftrag“, dringend benötigten und bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart zu schaffen, wird sie aber nicht gerecht.

Profitlogik ist das Problem

Seit der Umwandlung der SWSG in eine GmbH wurde der ehemals soziale Wohnungsbau der Profitwirtschaft unterworfen. Nach dem Aktiengesetz ist der Aufsichtsrat der SWSG allein dem wirtschaftlichen Wohl des Unternehmens verpflichtet. Und so ist es nur logisch, dass die SWSG jährlich eine Eigenkapitalrendite über 5% erwirtschaften will und die Manager für eine möglichst ertragreiche Bilanz mit ordentlichen Boni (2012 über 130 000 €) belohnt werden.

Der Aufsichtsratsvorsitzende der SWSG Michael Föll (CDU) hält das für richtig: „Ich sehe da jedoch keine Fehlanreize. Die SWSG muss einen Überschuss erwirtschaften, um in geförderten Wohnungsbau investieren zu können.“ Auch die Grüne Silvia Fischer, bläst ins gleiche Horn: „Allerdings kann nur eine starke SWSG soziale Aufgaben übernehmen“.

Hier entlarft sich die Kapitallogik. Ein direktes staatliches Agieren ist des Teufels. Erst, wenn Unternehmen mit Wohnungseigentum Gewinne erwirtschaften, d.h. andere Mieter zur Kasse gebeten werden, soll sozialer Wohnungsbau möglich sein? Diesem Treiben muss endlich ein Ende gesetzt werden. Die SWSG darf nicht länger nach Profitmaßstäben wirtschaften.

Öffentliche Gelder für sozialen Wohnungsbau statt für Stuttgart 21 und Konsumtempel! Was wir brauchen, ist eine städtische Wohnungsbaugesellschaft, die durch Gemeinderatsmitglieder, Mietervertreter und Beschäftigte kontrolliert wird und allein der Daseinsvorsorge verpflichtet ist.

Kommunalwahl in Stuttgart:

Neuer Schub für sozial-ökologische Wende?

Die CDU (und mit ihr die bürgerliche Presse) jubelte schon: „Wieder stärkste Partei im Gemeinderat!“ Dann folgte die Ernüchterung: Es nützt ihr nichts, weil ihre traditionell-bürgerlichen Partner FDP und „Freie Wähler“ (zu Recht) massiv verloren haben! So kann die CDU trotz Zugewinnen keine schwarze Mehrheit mehr bilden.

Neue Mehrheiten?

Bleibt die paradoxe Situation, dass die Grünen zwar nicht mehr die stärkste Fraktion stellen (weil sie ebenfalls zu Recht Stimmen verloren haben, wegen zuviel gebrochener Wahlversprechen/ siehe S21!), dass sie aber mit dem OB und der SÖS/Linken sowie der SPD und einigen neuen Einzelstadträten über eine Mehrheit links von der CDU verfügen. So könnten sie den „sozial-ökologischen Umbau“ der Landeshauptstadt vorantreiben, wie es OB Kuhn noch in der Wahlnacht lautstark versprach! Vorausgesetzt, sie wollen das wirklich.

In der bürgerlichen Presse wird deshalb vorbeugend von einem neuen schwarz-grünen Block spekuliert, anknüpfend an grüne Gedankenspielchen „Auch Schwarze wählen grün“. Und die SPD müsste sich endlich aus dem Würgegriff der neoliberalen Profitlogik befreien, wenn sie sich nicht weiter zerlegen will!

Fortsetzung Seite 2

Europa hat gewählt - Wer ist der Gewinner? Seite 2

Polizei-Schikanen bei 1.Mai-Demonstration Seite 3

Hände weg von der Ukraine Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Einzelstadträte für linke Politik gewinnen?

Umso erfreulicher ist es, dass die SÖS zusammen mit der Linken zugewonnen hat und jetzt als Fraktion mit einem weiteren Sitz ein größeres Gewicht in die Waagschale legen kann. Ihre Zugewinne wären sicher noch größer gewesen, wenn nicht in Form neuer Kleinparteien unerwartete Konkurrenz ebenfalls im linksalternativen Potential gefischt hätte. Jetzt müssen die drei neuen Einzelstadträte von „Piraten“, „Stadtisten“ und „Studenten-Jugendliste“ konstruktiv konfrontiert werden mit realen Forderungen im sozialen und ökologischen Bereich. Sie müssen soweit wie möglich in eine gemeinsame Strategie zur Durchsetzung einbezogen werden!

Mehr außerparlamentarischer Druck ist notwendig!

Riesenvorrang haben das Wohnungsproblem und der Nahverkehr! Viele weitere Probleme wie Kitas, Schulausstattung, Energieversorgung usw. stehen dringend zur Lösung an … Dazu müsste die Stadt endlich aus dem Milliardenloch S21 aussteigen und die mehr als eine Milliarde Euro Kapitalanteil von der Zocker-Bank LBBW zurückholen.

Aber die Lösung all diese Probleme lässt sich gegen den Widerstand von Konzernen und Banken nicht allein im Gemeinderat durchsetzen. Es braucht dringend mehr Druck von außen, von sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, von Stadtteil- und Mieterinitiativen, von Jugend- und Studentenprotesten!

Dass man endlich im Rathaus drinnen spürt, was sich draußen rührt!

Wir von der DKP werden auf jeden Fall alles in unserer Kraft stehende tun, um diesen Druck zu unterstützen.

Europa hat gewählt - Wer ist der Gewinner?

Blockupy-Demo "Macht Europa anders!" am 17.5.

Das Ergebnis der EU-Wahl zeigt bei einer Wahlbeteiligung von unter 50% (fast durchgängig) bei allen Unterschieden eine Gemeinsamkeit: Es ist das NEIN zu einer EU, die immer stärker von einer deutschen Regierung der Banken und Konzerne dominiert wird. Ein deutscher Imperialismus, der als Krisengewinner mit seiner Exportwalze Resteuropa in die Armut zwingt.

Eine satte Mehrheit hat per Wahlenthaltung gezeigt, was sie von dieser EU hält. In Deutschland lag die Wahlbeteiligung bei rund 50%. Wenn die CDU jetzt behauptet, sie hätte 30% erhalten, dann sind das in Wirklichkeit 15%. Die bürgerlichen Parteien haben nicht die Mehrheit hinter sich, sondern nur ungefähr ein Drittel.

Der Wahl-Gewinner stand schon vorher fest

Es ist die große Kungel-Koalition von Konservativen und Sozialdemokraten, die die Interessen der großen Banken und Konzerne derzeit am besten vertreten. Der DAX klettert auf ein neues Rekordhoch. Das europäische Parlament nickt den Kommissionspräsidenten ab, der vor allem von der deutschen Merkel-Regierung ausgekungelt wird, egal ob er Junker oder Schulz heißen mag. Im Kern hat sich das Kräfteverhältnis im EU-Parlament durch das Wahlergebnis nicht verändert. Innerhalb des bürgerlichen Lagers gibt es eine bedrohliche Verschiebung nach Rechts. Die rechtspopulistische bzw. faschistische Reserve wird aufgefüllt: z.B. Frankreich (FN 24,95%), Großbritannien (UKIP 26,8%), Dänemark (DF 26,6%), Österreich (FPÖ 19,7%). Doch immerhin sind die Linken insgesamt auch etwas stärker geworden (wie z.B. in Irland, Portugal und Griechenland) und innerhalb der Linksparteien sind Kommunisten und Linkssozialisten mit größerem Gewicht vertreten.

Hauptproblem: Außerparlamentarischer Druck zu gering!

Solange die Massen nicht aufstehen gegen die EU und ihre Krisen- und Kriegspolitik, solange der schlafende Riese, die Arbeiterklasse, insbesondere in unserem Land weiter vor sich hin döst, schimpfend und in dumpfer Ergebung, solange wird sich nichts Wesentliches ändern.

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

Di. **24.06.** und Di. **08.07.**, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach, 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI**,** Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. **08.07.**, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, **17.07.** um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

1. Mai-Demonstration des DGB:

Polizei-Schikanen gegen Gewerkschafter

Interview mit einem betroffenen Gewerkschafter

Ben, du hast dich mit Kolleginnen und Kollegen, wie viele andere, am Linken Zentrum Lilo-Herrmann getroffen um von da aus gemeinsam zur Maidemonstration des DGB zu gehen. Ein massives Polizeiaufgebot kontrollierte alle, die aussahen, als ob sie demonstrieren wollten. Was ist euch passiert und welcher Grund wurde euch für die Kontrollen genannt?

Wir liefen die Böblinger Straße entlang, als wir an einer Kreuzung unsanft von mehreren Polizisten angehalten wurden. Unter dem Vorwand einer „verdachtsunabhängige Personenkontrolle“ wurden wir über eine halbe Stunde festgehalten, penibel durchsucht - wir mussten teilweise Socken und Schuhe ausziehen - und unsere Personalien überprüft. Auch auf mehrmaliges Nachfragen wurden wir nicht näher informiert. Interessant an diesen „verdachstunabhängingen Kontrollen“ war jedoch, dass die Polizisten eine Art „Fotoalbum“ dabei hatten, womit sie die Leute abgeglichen haben.

Derart provozierendes Verhalten der Polizei bei gewerkschaftlichen Demonstrationen ist neu. Wie schätzt du ein, dass nun offensichtlich auch Gewerkschafter als mögliche Gewalttäter abgestempelt werden sollen?

Es geht nicht darum als was GewerkschafterInnen abgestempelt werden oder nicht, sondern es geht um die Kriminalisierung von Protest. Egal ob Stuttgart 21, Blockaden gegen Nazis, Protest gegen rechte Allianzen, Blockupy, oder die Demonstrationen am ersten Mai. Schikanöse Vorkontrollen, übermäßige Polizeipräsenz, das fast permanente Filmen seitens der Polizei, die öffentlichen Ingewahrsamnahmen einzelner Personen sollen Protest delegitimieren, kriminaliseren und somit unattraktiv für andere machen. Egal ob als GewerkschafterIn, FriedensaktivistIn, AntifaschistIn kann die Antwort nur heißen: Jetzt erst Recht!

Gibt es Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften, sich gegen diese Provokationen des Staates zu wehren?

Die gibt es bestimmt, allerdings sind diese noch ziemlich leise und unkoordiniert. Ein solches Verhalten wie am ersten Mai trägt aber dazu bei, dass die Stimmen lauter werden.

Unterstützen Sie den Aufruf Stuttgarter Gewerkschafter:
Grundrechte verteidigen, Demokratieabbau stoppen, Polizei- und Behördenwillkür unterbinden!
(Zu finden unter: www.dkp-stuttgart.org)

Waldheim Gaisburg

Obere Neue Halde 1, 70186 Stgt., Tel. 465820

Kalender Juni/Juli 2014

Matinee:

Sonntag, 13. Juli, 11 Uhr

Erich Mühsam

Ein Leben für die Freiheit

Erich Mühsam war einer der bedeutendsten politischen Journalisten und Schriftsteller in der Weimarer Republik. Seine Teilnahme an der Münchner Räterepublik brachte ihm 15 Jahre Festungshaft. Er blieb trotz der Haft ungebrochen und setzte seine journalistische Arbeit fort. Sein Leben und der Mord an ihm (Juli 1934 im KZ Oranienburg) sind kaum noch bekannt.

Referentin: Janka Kluge

¡Eintritt frei – Spenden dringend erwünscht!

unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!

☐ *Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.*

Mein Name: _____

☐ *Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.*

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:
info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28

Stoppt den Krieg in der Ukraine!

Die Ukraine, eines der am ärmsten gewordenen Nachfolgeländer der ehemaligen Sowjetunion, hat einen ihrer reichsten Männer zum Präsidenten gewählt, den Dollarmilliardär Poroschenko. In den wenig mehr als zwanzig Jahren nach dem Ende der Sowjetunion ist es ihm gelungen, Milliarden auf Kosten des ehemaligen Volksvermögens und zu Lasten der immer ärmer werdenden Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung zusammenzuraffen.

Geschürte Destabilisierung

Tatsächlich gab und gibt es für diese Bevölkerungsmehrheit in der Ukraine viel zu protestieren. Doch was zu Beginn dieses Jahres auf dem Maidan in Kiew als sozialer Protest beginnen sollte, stellte sich sehr schnell als aus westlichen Quellen geschürte Destabilisierungsaktion heraus. Fünf Milliarden Dollar hatten sich allein die USA nach den Worten der Staatsekretärin Nuland das Aufpäppeln der entsprechenden ukrainischen Opposition und die prowestlich nationalistische Wendung der Proteste kosten lassen. Auch die EU, allen voran die Bundesrepublik Deutschland beteiligte sich am Tauziehen um die Ukraine. Außenminister Steinmeier ließ sich persönlich mit den Führern der Faschisten des Maidan fotografieren.

Widerstand gegen Osterweiterung

Auf der Krim und jetzt im Osten der Ukraine ist nun mit den Plänen, die historischen und ökonomischen Bindungen der Ukraine zu Russland zu trennen und sie in die Osterweiterung von NATO und EU einzubeziehen, einiges schief gelaufen. Die durchgeputschte schnelle Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens stieß dort auf Widerstand. Die Menschen im industrialisierten Osten der Ukraine wollen weder von Faschisten regiert werden, noch das Schicksal der zerstörten Volkswirtschaften und der sozialen Verelendung ihrer EU-Nachbarn Rumänien und Bulgarien, neuerdings auch Griechenland erleben.

NATO und EU auf Expansionskurs

Auch wenn von unserer Regierung und in unseren großen Medien immer wieder Russland die Schuld zugewiesen und die allerschlimmsten antirusisschen Reflexe aus der Zeit zweier Weltkriege mobilisiert werden: Nicht Russland ist Schuld am Krieg in der Ukraine. Hauptursache ist die von der EU gezielt betriebene ökonomische Expansionspolitik und die Politik zur militärischen Einkreisung Russlands und zur Erweiterung der NATO, die v.a. von den USA vorangetrieben wird, und sich nun in der Verstärkung der NATO-Truppen an den grenzen Russlands äußert. Diese Konfrontation mit der Atommacht Russland ist ein Spiel mit dem Feuer.

Die DKP unterstützt die Aktionen zu denen die Friedensbewegung aufgerufen hat: Die Waffen nieder in der Ukraine!

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.
DKP Stuttgart, Spendenkonto:
IBAN: DE03600501010002078906,
BIC: SOLADEST600